

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Verlagspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postämterliste

Verleger: in veranm. Redaktion: Fr. Brigg, Berlin-Charlottenberg
Redaktion und Expedition: Berlin, N. 27, Schillerstrasse 6
Druck: Hermanns-Druckerei Paul Singer & Co., Berlin S. 15, 11

Insertionspreis:
Geschäftsanzeigen kosten die sechsstelligen Kolonnenzeile 10 Pfennig
Schluss für Inserate: Freitag früh 8 Uhr

Die Pflicht zur Beitragsleistung besteht für alle erwachsenen Mitglieder, auch für die zur Arbeit herangezogenen, kommandierten bzw. rekrutierten Heeresangehörigen. Um die Beitragsleistung sollte sich kein Kollege mahnen lassen, der weiß, was die Organisation während des Krieges geleistet und beziffert hat, welche schwierigen Aufgaben der Organisation bevorstehen und dem es ernst ist mit dem Bestehen der Organisation und damit sich selbst zu dienen.

Aus der Brauindustrie.

III.

Zusammenlegung von Brauereibetrieben — Maßnahme für das nächste Geschäftsjahr.

Wir haben in voriger Nummer der „Verbands-Zeitung“ darauf hingewiesen, daß die Frage der Zusammenlegung der Brauereibetriebe in der Hauptsache wohl eine Frage der Kohlenversorgung sei. Das Kriegsamt läßt wohl lieber eine Regelung der Zusammenlegung auf Grund freier Vereinbarung in den Bezirken, weil mit Zwangsmaßnahmen ja auch bestimmte Verpflichtungen verbunden sein müssen, es würde aber der freien Vereinbarung kräftig nachhelfen durch die Befestigung der Notwendigkeit der Kohlenversorgung, wenn anders es zu keinem Ergebnis in der Zusammenlegung auf freier Vereinbarung kommen sollte.

Ganz auf diesen Ton gestimmt ist der Bericht, den die „Frankfurter Zeitung“ über eine Versammlung vom 2. August bringt, die stattfand auf Einladung des Deutschen Brauer-Bundes im Hause eines Vertreters des Kohlenkommissars. Es war eine Versammlung des in der Frage der Zusammenlegung von Brauereibetrieben errichteten Zentralausschusses. Diese Versammlung erörterte nach der „Frankfurter Zeitung“ die Kohlenversorgung und suchte Wege zur Überwindung der schwierigen Lage. Vertrauensleute wurden gewählt, um zu ermitteln, wie weit über die Brennstoffschwierigkeit mit Hilfe eines Übergangsstadiums, das in Anbetracht des kontinuierlichen Produktionsganges und der Verderblichkeit der Waren unbedingt nötig sei, durch geeignete Dispositionen in Anlehnung an den Stilllegungsgedanken hinwegkommen könne, so daß trotzdem die Versorgung des Feldheeres, der Garnisonen und der Rüstungsindustrie nicht leidet. Bisher ist ein Weg schwerlich gefunden, zumal die Unterlagen für einheitliche Kohlenkontingentierung, die von manchen sachverständigen Personen als das einzig wirksame und gerechte Mittel angesehen wird, noch nicht einmal festzulegen lassen. Vorläufig wird also bezirksweise versucht werden, in der Kohlenfrage zu einer Lösung zu gelangen, bei der möglicherweise von Fall zu Fall auf Zwangsmaßnahmen für eine Stilllegung verzichtet werden kann. Allgemein wäre dieser Verzicht aber keineswegs aufzufassen, vielmehr wird von den verschiedenen Seiten das Stilllegungsprogramm noch weiter verfolgt.

Wenn der Bericht das Ergebnis der Versammlung richtig wiedergibt, dann würde möglicherweise von Zwangsmaßnahmen für eine Stilllegung von Fall zu Fall abgesehen werden können, wenn und wo man bezirksweise zu einer Lösung in der Kohlenfrage gelangt. Der Verzicht ist aber keineswegs als allgemein aufzufassen, das Stilllegungsprogramm wird weiter verfolgt. Also dasselbe, was wir gesagt haben.

Auch der Hilfsdienstauschuss des Reichstages hat sich in der Sitzung vom 2. August u. a. auch mit der Stilllegung von Brauereibetrieben beschäftigt. Aus dem spärlichen Bericht, den man in der Presse findet, ist über die Frage, die uns besonders interessiert, nur das zu entnehmen, daß die Wünsche der Brauereien mit einer möglichst schonende Behandlung bei der Stilllegung ihrer Betriebe ausführlich besprochen wurden.

Wie erklärlich, berührt diese Frage die Mittel- und Kleinbrauereien ganz besonders. Wir registrieren eine Kundgebung aus Regensburg, wo in einer Zusammenkunft der Klein- und Mittelbrauereien wegen der beschleunigten Zusammenlegung der Brauereien nach eingehender Beratung folgende Entschlüsse an den Bayerischen Brauerbund abgegeben wurden: Die sämtlichen Klein- und Mittelbrauer von Regensburg und Umgebung verlangen im allgemeinen Interesse des Mittelstandes ihres Gewerbes, daß in der Versammlung zu München bindende Beschlüsse nicht gefaßt

werden, bevor nicht in offener Form durch eine allgemeine Brauerverammlung die Frage der Zusammenlegung in ihrer Rückwirkung auf ihre speziellen Interessen geklärt ist.

Inzwischen nehmen die Vorbereitungen in den Kreisen der Brauereien zur Zusammenlegung nach freier Vereinbarung ihren Fortgang. Die Bezirksausschüsse, die die Frage erledigen sollen, dürften nunmehr gewählt sein. Es soll sich nun zeigen, ob und wo man zu einem Ergebnis kommt. Es scheint, daß der Wunsch, wenn es schon sein muß, dann lieber auf Grund behördlicher Anordnung, wenn die notwendigen Statuten geschaffen werden, in weiteren Kreisen der Brauereien besteht. Mittlerweile kommt man auf Seiten der Behörden immer mehr zu der Erkenntnis, daß in der Brauindustrie eine solche Regelung viel schwieriger ist als in anderen Industrien, viel schwieriger durch das Hypothekenwesen und den Grundbesitz. So soll nun, wie wir hören, das Reichsamt des Innern damit befaßt werden. Das sind ja nur Fragen, welche besonders die Unternehmer interessieren. Aber sie hängen eng zusammen mit der Hauptfrage der Zusammenlegung. Es scheint, als ob die ganze Materie gemeinschaftlich zwischen Behörden und den Interessenten der Industrie wird behandelt und erledigt werden müssen. Die Frage einer Vertretung der Arbeiter in den beratenden und beschließenden Körperchaften ist noch nicht geregelt, daß sie im Interesse der Arbeiter geregelt wird, ist unser andauerndes Bemühen.

Neue Agitation unter den Mühlenarbeitern.

Mit dem Einbringen der neuen Ernte beginnt für die Mühlenarbeiter wieder die Konjunktur und damit das Vorhandensein der Voraussetzungen erfolgreicher Agitation für die Organisation. Dank der Mithrätigkeit des Brauer- und Mühlenarbeiterverbandes gelang es auch den Mühlenarbeitern aller Stategorien, die Löhne wesentlich zu erhöhen. Nicht zuletzt sind auch die während des Krieges erzielten Teuerungszulagen auf das Konto des Verbandes zu setzen. Die Lohnsätze der Mühlenarbeiter stehen heute dort, wo letztere den Verband hinter sich haben, nur wenig oder nichts hinter denjenigen der Brauereiarbeiter mehr zurück; bereinigt haben die Mühlenarbeiter die Brauereiarbeiter im Lohn schon überflügelt. Leider gibt es aber noch viele Mühlenarbeiter, die die Lohnsätze bestreiten, daß der Verband zu den eingetragenen Lohnaufbesserungen die allein treibende Kraft war.

Zwei der jüngsten Fälle aus dem Königreich Bayern erhärten von neuem die Wichtigkeit des Verbandes der Mühlenarbeiter.

Es war wenige Wochen mußten die Kollegen der A. K. in München noch für Löhne arbeiten, die schon für die Friedenszeit als völlig ungenügend bezeichnet werden mußten. Die Kollegen schlossen nach genügend erfolgter Aufklärung sich dem Verbands an und stellten in Rücksicht auf die noch rückständigen Verhältnisse bald Forderungen auf Erhöhung der Löhne um 35 Proz. Das Endergebnis der Lohnbewegung war 1 bis 6 Mk. Lohn mehr pro Woche neben Verbesserungen noch auf anderem Gebiete. Ohne daß die Kollegen den Anschluß an die Organisation gefunden hätten, wäre alles beim alten geblieben.

Ähnliche Erfolge erzielten die Kollegen der Danubiamühle in Wilsbafen, die, auch wie ihre Kollegen in München, bis vor wenigen Wochen unorganisiert waren und um deren Lage sich infolgedessen niemand kümmern konnte. Im letzteren Fall wurde 3,50 Mk. pro Woche Lohnaufbesserung erzielt. Die Arbeitszeit wurde außerdem eine Verkürzung um 2 Stunden pro Tag. Ferner wurde Urlaub eingeführt.

Der Tarifvertrag, welchen die Organisation seinerzeit mit den Mühlenbetrieben von Rüttenberg-

Fürth-Erlangen und Umgebung vereinbart hatte, wurde nach gegenseitigen Verhandlungen unter Festsetzung folgender Bestimmungen bis 1918 verlängert:

Zu den jetzigen Arbeitslöhnen und Teuerungszulagen wird ab 1. August 1917 eine weitere Aufbesserung von 5 Mk. pro Woche gewährt. Der Sonntagsdienst wird, wenn gearbeitet wird, mit 50 Proz. Zuschlag, mit der gesamten Teuerungszulage berechnet, ausbezahlt.

Der Urlaub wird während der Sommermonate gewährt, und wenn derselbe infolge Arbeitermangel nicht gegeben werden kann, so werden diejenigen, welche laut Tarifvertrag darauf Anspruch haben, dafür entschädigt.

Neht deutlich macht sich der Vorteil der Organisation für die Mühlenarbeiter auch in allen anderen Betrieben und Orten geltend, wo sie dem Verband reges Interesse entgegenbringen. Die Mühlenarbeiter in Breslau erhielten neuerdings die Wochenlöhne wieder um 3 Mk., desgleichen die Ueberstundenlöhne aufgebessert. — 3,50 Mk. pro Woche mehr erhalten neuerdings auch wieder die Kollegen der Mühle Lange in Hamburg. Auch die Mannheimer und Wormser Kollegen haben kurz hintereinander mehrmals Lohn erhöhungen durchgesetzt.

Das sind einige Fälle von vielen, wo es den Kollegen dank der Organisation gelang, ihre Lage zu verbessern.

Wie es den Kollegen z. B. in Wilsbafen und in Rosenheim bis vor einigen Wochen ging, so geht es heute noch tausenden Mühlenarbeitern, die entweder von der Organisation überhaupt noch nichts wissen, oder die aus falscher Sparsamkeit und aus noch anderen Gründen noch unorganisiert sind. Soll das immer so bleiben? Nein!

Aus den erwähnten Beispielen aus München und aus Wilsbafen können aber auch jene Fallstellenfunktionen lernen, die in der Agitation unter den Mühlenarbeitern, wiewohl nicht den nötigen Eifer entfalten, weil es auf den ersten Wurf nicht gelingt, die Mühlenarbeiter als Mitglieder zu gewinnen. Ein solcher Standpunkt ist unhaltbar. Gerade weil der Boden bei den Mühlenarbeitern so steinig ist, darf mit der Bearbeitung desselben erst recht nicht nachgelassen werden. Wenn irgendwo der Spruch anzuwenden ist: „Beharrlichkeit führt zum Ziel“, so hier.

Die Kollegen in den Mühlenbetrieben hebsichtigen, ihre derzeitigen Verdienste bei späteren Tarifverhandlungen als Grundlöhne zu fordern. In der Berechtigung der Forderungen ist nicht zu zweifeln, ob aber die Forderungen durchzudrücken sind, hängt allein von der Geschlossenheit der Organisation der Mühlenarbeiter ab. Sollen die Kollegen im Ernst die erwähnten berechtigten Forderungen aufrecht erhalten, dann müssen sie durch Massenbeitritt zum Verband diesen stärken; dies um so mehr, da sie gutgeachteten Unternehmerorganisationen mit ihren Forderungen gegenüberstehen. Das den Kollegen immer wieder von neuem zu sagen, muß Aufgabe eines jeden Agitators sein. Auf einen Sieg fällt keine Eiche. Auch nur ständiges Insistieren führt bei der Agitation unter den Mühlenarbeitern zum Erfolg. Darum, Kollegen, rastet nicht! Erneut mit verstärktem Eifer an die Arbeit!

Dringt die Mühlenarbeiter zum Verband!

Aufreizendes Verhalten der Felsenfelder-Brauerei in Herford!

Unter den Arbeitern der Felsenfelderbrauerei in Herford herrscht zurzeit wieder starke Erbitterung wegen der Kleinlichkeit, die in diesen Betrieben schon immer in Bezug auf die Arbeiterwünsche an den Tag gelegt wurde. Die Firma gehört zur Norddeutschen Brauereivereinerung mit dem Sitz in Pilsfeld. Es

hatte eine sehr intensive Tätigkeit auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu entfalten und wurden nicht weniger wie 88 Bewegungen fast durchweg mit Erfolg durchgeführt. Die Löhnerhältnisse entwickelten sich nicht gerade ungünstig und ist noch eine mäßige Zunahme am Kassenerwerb zu verzeichnen.

Kleine Notizen. Der Arbeitgeberverband berichtet über dauernd gute Entwicklung. Im ersten Halbjahr wurden 21502 neue Mitglieder gewonnen. — Der Metallarbeiterverband hat seinen tiefsten Mitgliederstand um 90000 überschritten und betrug die Mitgliederzahl am 30. Juni 323565. — Der Sattlerverband ist gleichfalls im Jahre 1917 um 2500 Mitglieder gestiegen und betrug der Verband der Buchbinder um 1500 Mitglieder. — 100 000 M. Lohnabzahlungen wurden durch den Kriegsausbruch für die Militärärzteleitungen bis zum 1. August d. J. für die kriegenden Arbeiter und Arbeiterinnen erwirkt. Letzthin stand ein Projekt an, in dem es sich um 45 000 M. zu wenig gezahlter Arbeiterlöhne handelte. Ein sehr schlechter Spiegel für das soziale Verhältnis der Arbeiter. — In den letzten Wochen wurden in der Gewerkschaftspressen verschiedene Juristen registriert. Der Steinbeckerverband konnte auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken und mit ihm sein bewährter Führer, der Genosse Kroll. — Eine bekannte Regionalität in unserem Organisationsleben ist Gustav Eisler, der Kassierer des Deutschen Buchdruckerverbandes, der jetzt 70 Jahre alt geworden ist und sein Amt noch in voller Mäßigkeit verwaltet. Daraus konnte Eduard Steinbrenner auf eine fünfzigjährigen Arbeit im Holzarbeiterverband zurückblicken.

Korrespondenzen.

Dresden. Eine gut besuchte Versammlung am Dienstag 28. August, nahm Stellung zu dem Angebot der Brauereien betreffs Feuerungszulage und der Entlohnung der Frauen im inneren Betriebe. Ferner zu den Beschlüssen der Verbandskonferenz in Weimar. Die Müller berichtete, wollen die Brauereien die Feuerungszulage wie folgt erhöhen: Für Frauen um monatlich 3 M., für ledige männliche Arbeiter um wöchentlich 2 M., für verheiratete männliche Arbeiter um circa 4 M. Weiter wurden für jedes schulpflichtige Kind pro Monat 3 M. gewährt, dies soll wegfallen. Durch die Annahme dieses Angebots würde es eintreten, daß verschiedene Kollegen keine Zulage erhielten und er ige sogar einen Anfall am Lohn haben würden. Für die mit schweren Arbeiten im inneren Betriebe beschäftigten Frauen wollen die Herren pro Tag eine Mark Zuschlag zum Glasflaschlerlohn zahlen. Frauen, die leichte Hof- und Stallarbeiten verrichten, sollen davon aber ausgeschlossen sein. Den beantragten Feuerungszuschlag für Ueberstunden haben die Herren noch nicht unter sich besprochen. In der sehr regen Debatte sprachen sich alle Redner gegen die Annahme dieses Angebots aus. Es sei zu niedrig, der Feuerung angemessen, auch wüßte mindestens ein Weg gefunden werden, der es ausschließt, daß Kollegen Abzüge gemacht werden. Der Unterschied zwischen den Stufen sei zu groß, denn man könne doch nicht behaupten, daß Ledige und Frauen soviel billiger leben. Es wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

Die Lohnkommission wird beauftragt, nochmals vorläufig zu werden und den eingereichten Forderungen zur Durchführung zu verhelfen. Die Arbeitnehmer sehen sich durch die allgemeine Feuerung veranlaßt, falls die gerechtesten Forderungen von Seiten der Herren Unternehmer nicht angenommen werden, ihre Abkehrsbewegung zu fordern.

Ueber die Beitragserhöhung referierte Kollege Stöcklein. Er legte klar, wie die Verbandskonferenz im Interesse der Organisationen nicht anders als beschließen handeln konnte und ersuchte die Anwesenden, durch Abstimmung dem Beschlusse beizutreten. Kollege Müller berichtet, daß die auswärtigen Mitgliedschaften in Niederdeutsch, Pommern, Ostpreußen und Schwaben bereits dazu ihn beauftragt seien und sich diese allseitig einverstanden erklärt hätten. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab eine einstimmige Annahme.

Weiter berichtete Kollege Müller über die Lohnbewegung in den Holzfabriken, sowie bei der Firma Stranzig und Gebr. Schrey, Pirna. Die Holzfabriken stehen jetzt gleichmäßig auf 42 M. Wochenlohn und kommen zum Herbst noch 0,50 M. pro Woche tarifmäßige Zulage hinzu. Die Firma Stranzig hatte die Feuerungszulage von 25 Proz. des Grundlohns auf 35 Proz. erhöht. Bei dieser Firma wird für jedes schulpflichtige Kind pro Woche 3 M. gezahlt. Die Brauerei Gebr. Schrey, Pirna, habe endlich im Juli die Feuerungszulage wie in Dresden bewilligt, d. h. so wie sie in Dresden seit 1. April gezahlt wird. Bei Berücksichtigungen, wie Hausurlaub, habe es die Firma viel eiliger, da richtet sie sich sofort nach Dresden. Es stehe hier aber viel an dem Zusammenhalt der Kollegen, der in Pirna viel zu wünschen übrig lasse. Mit einem Appell an die Anwesenden, den letzten Mitarbeiter und die letzte Mitarbeiterin der Organisation zuzuführen, endete die Versammlung.

Gumburg. In unserer Versammlung am 24. August sprach Kollege Gollfartner über die herrschende Feuerung, unter besonderer Berücksichtigung der steigenden Lohnverhältnisse. In der Diskussion erklärten sämtliche Redner, daß eine Erhöhung der Feuerungszulage angebracht werden muß. Auch die Unternehmer dürften einsehen, daß die bisherige Zulage nicht mehr ausreichen kann. Es wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, den Brauereien eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die bisherige Zulage um mindestens 6 M. pro Woche erhöht wird.

Darauf erhaltete Kollege Gollfartner Bericht über die erweiterte Bezirksleiterkonferenz und legte die Gründe dar, die zur Einführung eines Kriegs-Ertragsbeitrages bzw. zur Beitragserhöhung geführt haben. Die Versammlung war mit den Ausführungen einverstanden und hat die Notwendigkeit, die Verhandlungsinstanzen zu prüfen, einstimmig anerkannt.

Gumburg. Unsere Versammlung am 24. August hat nach einem Referat des Kollegen Gollfartner über den Beschluß der erweiterten Bezirksleiterkonferenz einstimmig

zugestimmt. Obwohl einige Redner kritisierten, daß keine Gelegenheit gegeben war, diese Frage vorher in Mitgliederversammlungen zu besprechen, so herrschte doch eine Einmütigkeit darüber, daß im Interesse unseres Verbandes die Zahlung eines Kriegs-Ertragsbeitrages notwendig ist.

Witten. Das Bürgerliche Brauhaus bewilligte 10 M. pro Woche Feuerungszulage den Arbeitern und 7 M. den ledigen und den weiblichen Arbeitern; die Aktienbrauerei allen Arbeitern 7 M. pro Woche; den Frauen der verheirateten männlichen Arbeiter außerdem 2,10 M. und für jedes Kind 1,05 M. In beiden Betrieben wurden die Ueberstundenbezüge um 25 Proz. pro Stunde und die Entschädigung für Sonntagsarbeit um 1 M. erhöht.

Hamburg. In Verhandlungen mit dem Frauerverband von Hamburg und Umgebung wurde eine Erhöhung der bisher gezahlten Feuerungszulagen um 6 M. pro Woche erzielt. Die erhöhten Sätze gelangten am 31. August zum erstenmal zur Auszahlung.

Sachsen. Eine außerordentliche Generalversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Feuerungszulage und hieß die bisher unternommenen Schritte der Ortsverwaltung rückhaltlos gut und erwartet baldigen Abschluß im Sinne des Geforderten. Nach Vorlegung der Gründe für die Beitragserhöhung stimmte die Versammlung einstimmig derselben zu. Es werden also von der 40. Beitragswoche ab erhoben: für die 80-Pr.-Klasse 1,10 M., für die 70-Pr.-Klasse 1.— M., für die 60-Pr.-Klasse 90 Pf., für die 50-Pr.-Klasse 80 Pf., für weibliche Mitglieder 55 Pf.

Hof. Die Brauereien bewilligten eine Erhöhung der Feuerungszulage um 4,50 M. für Verheiratete und 3,50 M. für Ledige.

Nürnberg. Die Bürgerbrauerei hat weitere 3 M. Feuerungszulage bewilligt.

Wilmshelm. Die Versammlung vom 26. August beschloß: Alle Mitglieder haben von der 40. Beitragswoche ab einen Beitrag von 1 M. zu leisten, mit Ausnahme der Jugendlichen und der Frauen, bei welchen es bei dem Konferenzbeschlusse, also 10 Pf. Kriegsbeitrag bleibt. Dem entsprechend wird von der 40. Woche ab kein Ertragsbeitrag mehr erhoben.

Hagenburg. Eine Mitgliederversammlung am 26. August beschäftigte sich unter anderem mit der Frage der Beitragserhöhung. Kollege Gable erstattete Bericht von der Konferenz und wies auf die Notwendigkeit der Beitragserhöhung hin. In der Diskussion erlaubten alle Redner die Gründe für eine Erhöhung an und erfolgte einstimmige Zustimmung.

Die Verwaltung wurde beauftragt, der Frage der Tarifbindung näher zu treten und mit den in Frage kommenden Organisationen das weitere zu besprechen.

Rauhenbach-Ludwigsbafener. In der Versammlung am 25. August gab Kollege Gräbe Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung. Zum betrachtenden Tarifvertragsablauf reiß Kündigung der Verträge wurden zu einer eventuellen Verlängerung derselben an die Brauereien und Küchlen Lohnforderungen gestellt. Die notwendig werden der Verhandlungen sollen möglichst sofort angenommen werden, um eine Kündigung der Verträge verhüten zu können. Gelingt es nicht, auf diesem Wege zu einer Einigung zu kommen, so sollen die Verträge gekündigt werden. Den Arbeitern in den einzelnen Betrieben wird besonders ans Herz gelegt, diese Zeit zum Ausbau der Organisation auszunutzen und den letzten Arbeiter bzw. Arbeiterin dem Verbandszugezuführen.

In der Ludwigsbafener Walzmühle ist es endlich auch wieder gelungen, die dazugehörigen Kollegen und Bekanntheit zum großen Teil dem Verbandszugezuführen. Bekanntlich handelte es sich um die selben in diesem Betriebe. Die gegenwärtigen Verhältnisse haben doch der Arbeiterchaft die Augen geöffnet, daß solche „Organisationen“ keine Arbeiterinteressen vertreten, denn es steht schon lange fest, daß sie zu diesem Zwecke nicht geschaffen sind. Trotz der heillosen Laceration hat sich vor diesen selben während des ganzen Krieges niemand gefunden, der zur Befreiung der Lage der Arbeiter etwas getan hat, und freiwillig für die Diktation keine Verbesserung ein. Sobald wieder einige Verbandskollegen im Betriebe waren, kam wieder etwas Leben in die Aube. Es wurden Lohnforderungen gestellt, welche denen in Mannheim gleichgestellt waren. Die Differenz, was die Arbeiter in der Walzmühle weniger verdienen, beträgt einschließlich der Ueberstunden- und Sonntagsarbeitserhöhung 8 bis 10 M. pro Woche. Durch das Hilfsdienstgesetz ist es möglich geworden, daß auch wieder einmal ein Arbeiterausfluß in der Mühle erzielt werden konnte und die Zahl ist auf gemeinschaftliche Seite gestiegen. Die selben brachten bekanntlich nur ein Mandat durch. Die Verhandlungen konnten daher sofort aufgenommen werden und die Firma mußte auf alle Fälle Ingehaltungen machen. Diese wären nachherhandlungswürdig besser ausgefallen, wenn ein hier selber ein Komitee spezialisierter Männer und Frauen hätte gebildet werden können. Der Kampf um die Zulage in dieser kurzen Zeit sehr ansehbar. Die Standeshöhe sämtlicher erwachsenen Arbeiter wurden alle um 4 M. erhöht, die der weiblichen und jugendlichen Arbeiter um 2 M. Für die Akkordarbeiter wurden für Aus- und Einladen die Akkordhöhe erhöht. Allen für die Nachschicht in Frage kommenden Arbeitern wird pro Schicht eine Zulage von 1 M. gewährt. Sibirer wurden für diese Zulage überhaupt keine Zuschläge bezahlt. Die Ueberstunden aller über 18 Jahre alten Arbeiter werden mit 15 Pf. Zuschlag und an Sonn- und Feiertagen mit 30 Pf. Zuschlag bezahlt. Sibirer sind diese nur zu den üblichen Stundenlohnungen vergütet worden. Arbeiter unter 18 Jahren und die Weiblichen erhalten für Ueberstunden 10 Pf. an Sonn- und Feiertagen 20 Pf. Zuschlag. Die geschlossenen Feiertage werden allen Arbeitern und Arbeiterinnen auch dann bezahlt, wenn sie nicht arbeiten, sofern sie ein halbes Jahr im Betriebe sind. Wird an diesen Tagen gearbeitet, so wird neben dem durchschnittlichen Tageslohn noch der normale Stundenlohn vergütet. Der Urlaub, welcher früher immer nur an recht brave Arbeiter gewährt wurde, wo die Laune der Vorgesetzten dabei eine Rolle spielte, kommt

allgemein zur Einführung. Auch die Akkordarbeiter, die bisher von dieser Vergünstigung vollständig ausgeschlossen waren, bekommen diesen Urlaub nebst Entschädigung dafür. Die Feuerungszulagen wurden für verheiratete Arbeiter pro Woche um 3 M., für jedes Kind um 25 Pf., für Ledige pro Woche um 4 M., für Jugendliche und Frauen um 2 M. erhöht. Die Kriegswitwen bekommen ebenfalls die Kinderzulagen. Die neuen Sätze treten mit dem 23. Juli d. J. in Kraft und werden die Beiträge nachbezahlt. Außerdem kommen noch im Arbeitsverhältnis einige Verbesserungen in Betracht, die ebenfalls als ein Fortschritt zu verzeichnen sind. Es wird Sache der Arbeiterchaft der Walzmühle sein, durch festes und treues Zusammenhalten, durch Kollegialität und Solidarität auch in kommenden Zeit weitere Verbesserungen zu holen.

Bezeichnend ist, daß die selben während des Krieges ihre Verarbeitung einstellten und eigentlich keine Beiträge mehr erhoben hatten. Als die Firma nun gesehen hat, daß in ihrem Betriebe die Arbeiterorganisation wieder Platz gegriffen hatte und sie auf Grund dessen Lohnzulagen machen mußte, ist man dazu übergegangen, den Verein auf dem schnellsten Wege wieder ins Leben zu rufen. Es wurden auf dem Bureau Arbeiter mit Maschinenführer besetzt, wobei man den Arbeitern blaßsel machte, daß auf vielseitigen Wunsch der Kameraden wieder Beiträge erhoben werden und die Agitation zu Reuannahmen eingestellt werden soll. Sonderbar ist, daß auf einmal dieser einseitige Wunsch der Kameraden gekommen ist, nachdem sich drei volle Jahre niemand gerührt hat. Wäre man ehrlieh gewesen, so hätte man schon offen schreiben können: auf Wunsch der Direktion und Betriebsleitung. Die Arbeiter der Walzmühle waren wirklich mit Blindheit geschlagen, wenn sie nicht sehen wollten, wer hinter dieser Mache steckt.

Die Brauereien in Mannheim-Ludwigsbafener und Frankenthal haben die Feuerungszulage um weitere 12 M. pro Monat erhöht. Günstig sonderbar ist es, daß die Brauereien in Ludwigsbafener und Frankenthal die Erhöhung am 1. Juli einführten, während die Mannheim Brauereien diese erst auf Betreiben des Arbeiterauschusses ab 1. August zur Einführung brachten. Dieses getrennte Vorgehen ist neu, denn schon seit Jahren sind sich die Herren in allen Betrieben einig. Offenbar haben die Ludwigsbafener Brauereien eher ein Herz für die Notlage ihrer Arbeiter, denn die Mannheim Brauereien verdienen genug mit diesen hohen Bierpreisen in Baden, soviel, daß sie sich nicht in der Lage sein könnten, ihre Arbeiter besser bezahlen zu können als die Kölner Betriebe. Die Ogersheimer Brauereien haben ebenfalls durch Eingreifen des Verbandes die Feuerungszulagen um 13 bis 15 M. erhöht. Gräbe berichtete dann noch über die Speyerer Brauereiarbeiterbewegung.

Bei der Abrechnung vom 2. Quartal wurde folgendes festgestellt: Die Einnahmen betragen 214,95 M., die Ausgaben 169,58 M., so daß im letzten Quartal wieder 45,37 M. an die Hauptkasse abgeführt werden konnten. In Unterführungen wurden veranlagt 500,50 M., davon allein für Kasse 40,50 M. Die Kasse hat ein Defizit von 168,21 M. Diese Defizite sind keine Seltenheit mehr, und es wurde auch hier den Kollegen ans Herz gelegt, zur Stärkung der Verbandskasse nach Kräften beizutragen. Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem letzten Quartal erfreulicherweise um 31 erhöht, so daß wieder die Zahl 300 überschritten ist.

Zur Regelung des Beitragswesens wurde auf die letzte Bezirksleiterkonferenz hinnewiesen, welche die Notwendigkeit im Interesse der Erhaltung des Verbandes gesehen hat, einen Kriegsbeitrag von 10 Pf. zu erheben. In längeren Ausführungen wurde den Kollegen Gründe entworfen, diesen Beitrag sofort einzuführen, da auch die Sozialfrage dringend der Hilfe bedürftig. Diese Ertragsbeiträge sollen bis zum 1. Oktober in die Sozialkasse fließen und von da ab in die Hauptkasse. Ein diesbezüglicher Antrag fand gegen 2 Stimmen Annahme. In den meisten Betrieben ist derselbe schon längere Zeit freiwillig eingeführt und es ist zu wünschen, daß die übrigen Kollegen und Kolleginnen demselben bei der Einführung keine Schwierigkeiten bereiten. Auch die Akkordarbeiter werden im Interesse der Erhaltung des Verbandes für diesen noch einen Groschen aufbringen. Der Ertragsbeitrag ist also durch diesen Beschluß von der 30. Beitragswoche ab für alle Mitglieder zum Pflichtbeitrag geworden.

Speyer. Die Germania-Brauerei erhöhte die Kriegsfeuerungszulage um 2 M. pro Woche. Soweit der Urlaub infolge Personalmangels nicht gemacht werden kann, wird derselbe mit dem entsprechenden Lohn entschädigt. Auch für die Jahre 1915/16 wurde für entgangenen Urlaub der Lohn nachbezahlt.

Speyer. Die Speyerer Brauereiarbeiter hatten bisher die rückständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen weit und breit und die dazugehörigen Demoreizen hatten von der Vereinigkeit der Arbeiter reichlich Nutzen gezogen. Der letzte Tarifvertrag wurde von nicht weniger als 8 Organisationen aller Richtungen geschlossen und die Verhandlungen waren demnach unter diesen Verhältnissen ziemlich schwierig. Abgeschlossen wurde dieser im Jahre 1911 auf 1 Jahre. Infolge des Krieges und bei Berücksichtigung der Verhältnisse im Speyer war es bisher nicht möglich, andere Verhältnisse zu schaffen, zumal die Brauereien bei allen Anlässen großen Widerstand entgegensetzten. Besonders zeigte sich hier die Direktion der Starckenbrauerei als ausgeprägter Schamacher. Den Verhandlungen wurde entgegengehalten und der Organisationsleiter konnte nichts erzielen. Die Nachzahl der Speyerer Brauereiarbeiter verdient es auch nicht besser, denn sie ließen sich alles gefallen. Die Feuerungszulagen sind, trotz der heillosen Laceration, ebenso wie die Lohnverhältnisse, sehr spärlich ausgefallen und die Arbeiter mußten, um sich einigermaßen durchzukämpfen, ihre alten großen Gemüthsruhe abtun. Bereits im Januar d. J. wurden an die Brauereien zwei Verlängerung des Vertrages sehr minimale Lohnforderungen in der Höhe von 5 M. pro Woche gestellt sowie Erhöhung der Ueberstundenbezüge und der Sonn- und Feiertagsarbeit. Die Brauereien hatten auf diese minimale Forderungen noch nicht einmal

